

SPD STUTTGART FORDERT BEZAHLBARE MIETEN DER SWSG-WOHNUNGEN NACH MODERNISIERUNG

Die Stuttgarter Sozialdemokraten erwarten von Seiten der städtischen Wohnungsgesellschaft SWSG, dass die Mieten auch nach energetischer Modernisierung für die Bewohnerinnen und Bewohner bezahlbar bleiben. Daher darf eine Mieterhöhung nicht mehr als max. 10% ausmachen.

Der Stuttgarter SPD-Kreischef Dejan Perc betont, dass es zum Erreichen der Klimaschutzziele notwendig sei, den Wohnungsbestand energetisch zu modernisieren. Bei einem städtischen Betrieb müsse dies allerdings sozial ausgewogen geschehen. „Eine städtische Gesellschaft muss ihre soziale Verantwortung wahrnehmen und bezahlbaren Wohnraum in Stuttgart sicherstellen“, so Perc.

Rechtlich sind 11% des Modernisierungsaufwands auf die Jahresmiete umlegbar. Bei einem Modernisierungsaufwand von durchschnittlich 30.000 € pro Wohnung kann dies zu einer Mieterhöhung von bis zu 3.300 € im Jahr,

also 275 € im Monat führen. Demgegenüber liegt die Energieeinsparung des Mieters durchschnittlich nur bei rund 40 € im Monat. „Derartige Mieterhöhungen überfordern die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner“, befürchtet Perc. Dies führe zu erheblicher Unruhe bei den Mietern und zum Widerstand gegen Modernisierungen. Perc fragt daher: „Woher sollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, woher sollen junge Familien das Geld für derartige Mieterhöhungen nehmen?“

Andere kommunale Wohnungsgesellschaften und Baugenossenschaften erhöhen nach Modernisierungen in der Regel um nicht mehr als 1 € pro qm. Dies erwartet die Stuttgarter SPD auch von der Geschäftsleitung der SWSG. Perc fordert den Aufsichtsrat der Gesellschaft auf, seine Verantwortung wahrnehmen und bezahlbare Mieten auch nach Modernisierung von der Geschäftsführung der SWSG einzufordern.



Liebe Genossinnen und Genossen,

nach einem fast 2-jährigen Diskussionsprozess hat die SPD Stuttgart auf der letzten Kreiskonferenz fast einstimmig einen großen Beschluss zu den Stadtwerken getroffen. Die Energie- und Wasserversorgung ist für die SPD eine wesentliche Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge und gehört wieder in öffentliche Hand. Ziel ist es nun, diese Position im Gemeinderat zur Mehrheitsposition zu machen.

Auf selbiger Konferenz wurde ferner ein Initiativantrag des Mietervereins-Vorsitzenden und SPD-Mitglieds Rolf Gaßmann fast einstimmig zugestimmt. Die SWSG soll den eigenen Mietern zukünftig keine Mieterhöhungen von mehr als 10 % zumuten. Dies kann anderenfalls zu Verdrängung langfristiger Bewohner aus deren Wohnungen zur Folge haben. Auf diese und die Verdrängungseffekte gilt es, Rücksicht zu nehmen.

Beide Beschlüsse sind wichtige kommunale Positionierungen und verdeutlichen, dass wir die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst nehmen.

Herzliche Grüße

Dejan Perc
Vorsitzender SPD Stuttgart



NEUES AUS DEM KREIS

DIE AUFGABEN DER STADTWERKE STUTTGART IN DER ENERGIEWENDE

Am 21.5.2012 hat die Kreiskonferenz die Positionierung zu den Stadtwerken Stuttgart beschlossen. Dem Beschluss ging eine langer und tiefgründiger Diskussionsprozess im Arbeitskreis Stadtwerke des SPD Kreisverbands und SPD Gemeinderatsfraktion voraus. Die Positionierung möchten wir euch im Wortlaut vorstellen.

Die von allen Parteien als Folge der Katastrophe von Fukushima beschlossene Energiewende bringt tiefgreifende Veränderungen der bisherigen Versorgungsstrukturen mit sich. Kohle, Öl, Gas und Uran werden schrittweise durch regenerative Energieträger ersetzt. Die bisherigen zentralen Strukturen bei der Energieerzeugung werden zu einem großen Teil durch dezentrale Erzeugung ergänzt und ersetzt. Die Stromtransportnetze und die Verteilnetze müssen sich dadurch neuen Anforderungen stellen.

Durch diese Veränderungen verlieren die vier großen EVU ihre bisherige Monopolstellung in der Stromerzeugung und es wird eine stärkere regionale Versorgung etabliert. Stadtwerke spielen in der Zukunft nicht nur in der Energieverteilung sondern auch in der Stromerzeugung und der Wärmeversorgung eine bedeutende Rolle. Sie investieren in regenerative Energieer-

zeugungsanlagen und in hocheffiziente Kraftwärmekopplung (KWK). Sie betreiben Netze und organisieren die Verteilung von Wärme und Strom. Stadtwerke sind schon heute Vorreiter beim Ausbau der KWK. Diese kombinierte Erzeugung von Wärme und Strom ist eine wichtige Brückentechnologie. Ein verstärkt geförderter zügiger Ausbau der KWK kann daher in bedeutendem Ausmaß den Zubau unweilschädlicher Kohlekraftwerke ersetzen und ist damit ein wichtiger Baustein einer umweltgerechten Energiewende.

Die Stuttgarter Stadtwerke werden alle Bereiche abdecken, d.h. sie erzeugen Strom und Wärme zu einem erheblichen Teil regional, betreiben die Verteilnetze in eigener Verantwortung und bieten den Bürgerinnen und Bürgern als vertrauenswürdiger Anbieter von Strom und Gas die Möglichkeit einer umweltfreundlichen Energieversorgung.

Bei der Energieerzeugung wird die regionale KWK eine zentrale Stellung einnehmen. Die Geschäftspolitik der Stadtwerke Stuttgart wird durch die Interessen der Landeshauptstadt Stuttgart, der Haushalts-, Gewerbe- und Industriekunden bestimmt. Sie ist von den Interessen der großen EVU

und ihrer Aktionäre unabhängig. Die Gewinne der Stadtwerke werden auch zur Unterstützung des ÖPNV und anderer gemeinwohlorientierter städtischer Einrichtungen genutzt werden. Die Position der Stuttgarter SPD befindet sich damit in voller Übereinstimmung mit dem Koalitionsvertrag der Grün-Roten Landesregierung. Dieser bekennt sich klar zur Unterstützung von Stadtwerken und zu einem fairen Wettbewerb um die Konzessionen.

Die Stadtwerke Stuttgart werden eines der großen Stadtwerke in Baden-Württemberg und Deutschland sein. Wir müssen jetzt die Weichen richtig stellen. Die Konzessionen für die Strom- und Gasnetze und für die Fernwärme müssen in einem transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerb vergeben werden. Im Wettbewerb werden die qualifizierten Bieter ihre Vorschläge entwickeln. Für die Gestaltung der Netzgesellschaft sind unterschiedliche Modelle möglich, z.B. Stadtwerk als Alleinbetreiber, Kooperations-, Verpachtungs-, oder Betriebsführungsmodelle.

Vor Entscheidungen des Gemeinderats sind vollständige Informationen zu den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorzulegen:

- Für die Strompreise der Haushalts-, Gewerbe- und Industriekunden in Stuttgart können die Netznutzungsentgelte von erheblicher Bedeutung sein. Diese können je nach Stadtwerkemodell unterschiedlich sein. Bisher wurde diese wichtige Frage trotz zahlreicher Gutachten noch nicht untersucht.

- Vor der Auswahl eines Kooperationspartners aus dem Kreis der Bewerber muss klar sein, mit wem sich die Stadt als Gesellschafter oder Vertragspartner einlässt. Es gehört zu den Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Kaufmanns, dass sich die Gemeinderäte von allen Bewerbern vollständige

weiter auf Seite 3

NEUES AUS DEM KREIS

Informationen über ihre aktuelle und zukünftige wirtschaftliche und rechtliche Situation vorlegen lassen. Dies gilt auch für den bisherigen Konzessionär als möglichen Partner.

- Die Arbeitnehmer des Netzbetriebs im Regionalzentrum Stuttgart der EnBW Regional AG (REG) gehen ganz oder teilweise in die Stadtwerke Stuttgart über, wenn sie dem Übergang nicht widersprechen. Der Betriebsrat, die Gewerkschaft ver.di, die REG aber auch die Stadtwerke Stuttgart sind gefordert, eine sozialverträgliche, zukunftssichernde und an den wirtschaftlichen Gegebenheiten orientierte Übergangsregelung zu verhandeln.

Für alle diese Fragen muss durch den Gemeinderat externe Expertise eingeholt werden, damit er eine Basis für die Festlegung der Vergabekriterien hat.

Die Rahmenbedingungen des jetzt beginnenden Vergabeverfahrens sind durch das EnWG (Energiewirtschaftsgesetz) festgelegt. Die Ausgestaltung des Verfahrens und die Festlegung der Vergabekriterien obliegen dem Gemeinderat. Diese Möglichkeiten sind von Gemeinderat strikt am Interesse der Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts, der Kunden, also der Stuttgarter Haushalte, der Unternehmen, sowie dem erklärten Willen der Landeshauptstadt Stuttgart, einer möglichst umweltfreundlichen Energieversorgung zu orientieren.

Die Stuttgarter SPD hat hinsichtlich der Ausgestaltung der Stadtwerke konkrete politische Vorstellungen:

- An dem Vergabeverfahren werden die Bürger und Organisationen der Zivilgesellschaft aktiv beteiligt. Dabei soll das Anliegen des „Bürgerbeteiligungs Stadtwerke“ im Rahmen des rechtlich möglichen in die Entscheidungen der Stadt einfließen. Dies gilt für das Verfahren zur Vergabe der Konzessionen. Dies gilt auch für die Auswahl eines möglichen Partners der Stadtwerke zum Betrieb der Netze. In der Bürgerschaft sind hohe Kompetenzen vorhanden. Wir wollen

diese Gruppen an der Gestaltung der Stadtwerke aktiv beteiligen.

- Die Stuttgarter SPD hält den Ausbau der Kraftwärmekopplung für eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Die Kraftwärmekopplung soll daher einen wichtigen Anteil an der Energieversorgung der Stadt übernehmen. In den Gesellschaftsvertrag der Stadtwerke wird daher als Unternehmenszweck die Kraftwärmekopplung als wichtiges Betätigungsfeld aufgenommen.

- Die Stuttgarter SPD tritt dafür ein, dass die Landeshauptstadt bzw. ihre Gesellschaft das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen sowie an der Stuttgarter Wasserversorgung erwirbt. Der Kauf der Netze durch die Stadtwerke muss auf Basis des Ertragswerts erfolgen. Es kann nicht zugelassen werden, dass die Bürger durch den Verkauf der Wasserversorgung im Jahr 2002 in Zukunft mit höheren Wassergebühren belastet werden. Wir begrüßen, dass die Stadt eine eventuelle Preiserhöhung durch die EnBW durch das Kartellamt überprüfen lassen will.

- Ziel der SPD ist es, die Geschäftspolitik der Stadtwerke an den kommunalen Interessen auszurichten. Eine Verpachtung der Strom- und Gasnetze lehnen wir daher ab. Für den Betrieb der Netze streben wir eine eigenständige 100 % kommunale Lösung an. Eine Beteiligung Dritter an der Netzgesellschaft akzeptieren wir nur, wenn anders eine Vergabe der Konzession an die Stadtwerke nicht möglich sein sollte. Einer solchen kooperativen Lösung stimmen wir nur zu, wenn eine zukünftige vollständige Übernahme der Gesellschaft zu akzeptablen Konditionen ermöglicht wird.

- Für die Stadtwerke Stuttgart soll die Option „Übernahme der Fernwärme“ und einzelner Anlagen (Gaisburg und Münster) offen gehalten werden. Gelingt eine Übernahme der Fernwärmenetze im Rahmen des laufenden Vergabeverfahrens nicht, so kann diese Option z.B. durch die Harmoni-

sierung der Laufzeit des bestehenden Müllverbrennungsvertrags mit dem Konzessionsvertrag für die Wärmeversorgung bzw. das Wärmenetz und eine Begrenzung der Laufzeit auf z.B. 10 Jahre offen gehalten werden. Entsprechende Endschaftsklauseln sind im neuen Konzessionsvertrag ebenso aufzunehmen, wie das Recht, dezentral erzeugte Wärme (Nahwärme) in das bestehende Wärmenetz einzuspeisen.

- Die Stuttgarter SPD steht für den Erhalt und die Sicherung der Arbeitsplätze sowie der Einkommen der in diesem Bereich beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Wie viele Städte auch in Baden-Württemberg seit langem zeigen, ist ein integriertes Stadtwerk in kommunaler Hand in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zur Energiewende zu leisten und zugleich Gewinne zu erwirtschaften. Diese Gewinne sind bei der heutigen Finanzausstattung der Städte erforderlich, um wichtige öffentliche Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge, wie z. B. die betrieblichen Verluste aus dem Betrieb der SSB oder ggfls. auch der öffentlichen Bäder finanzieren zu können. Erfolgreiche Stadtwerke werden spürbar zur Entlastung des städtischen Haushalts beitragen. Mit der Rückübertragung der Wasserversorgung auf die Stadt und dem Aufbau neuer Stadtwerke in Stuttgart gewinnt die Landeshauptstadt eine wesentliche Gestaltungsaufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge zurück. Dies entspricht dem Ziel, das sich die Stuttgarter SPD bereits bei den letzten Kommunalwahlen gesetzt hat. SPD-Kreisverband und SPD-Gemeinderatsfraktion werden die Vollendung dieser Zielsetzung konsequent verfolgen.

Antragsteller: SPD-Kreisvorstand

Kontakt mit den Antragsschreibern:
Jürgen Schmid:

Schmiddi-Degerloch@arcor.de
und Manfred Kanzleiter:

Manfred.Kanzleiter@stuttgart.de.

NEUES AUS DEM KREIS

KLINIKUM STUTTGART ERHÄLT 12,25 MIO. EURO FÖRDERMITTEL VOM LAND

„Rot-Grün tut der Landeshauptstadt Stuttgart gut!“ freut sich der SPD-Kreisvorsitzende Dejan Perc mit Verweis auf die Förderzusage von rund 12,25 Mio. Euro, die das Klinikum Stuttgart für zwei Baumaßnahmen im Zuge der Umstrukturierungen vom Land Baden-Württemberg erhält.

Das Land unterstützt den Neubau der Verteilerküche und des Mitarbeitercasinos in Bad Cannstatt mit 4,6 Mio. Euro sowie den Neubau des Dienstleistungszentrums in der Sattlerstraße

in Stuttgart-Mitte mit 7,65 Mio. Euro. Beide Neubauten werden durch die Umstrukturierungen, die zu einer Verbesserung der Versorgungssituation in der Stadt führen sollen, dringend erforderlich.

Der Stuttgarter SPD-Chef dankt der Landesregierung und insbesondere der Sozialministerin Katrin Altpeter MdL dafür, dass nach vielen Jahren Stillstand endlich damit begonnen wurde, den von der CDU/FDP-Vorgängerregierung hinterlassenen Investiti-

onsstau im Krankenhauswesen abzubauen.

„Die Krankenhausversorgung ist eine öffentliche Aufgabe!“ betont Perc. „Die Realisierung der Projekte in Stuttgart ist wichtig für die Krankenhausversorgung in unserer Stadt.“ In diesem Zusammenhang kritisiert Perc die Bundesregierung, welche den Krankenhäusern 2012 erneut einen Sparbetrag abverlange. Dies sei auch angesichts steigender Personal- und Betriebskosten ein schwieriges Signal.

SPD STUTTGART KRITISIERT VORBEREITUNG DES FILDERDIALOGS

Die Stuttgarter SPD zeigt sich entsetzt über die bisherige Vorbereitung des Filderdialogs in der Verantwortung der Staatsrätin für Bürgerbeteiligung, Gisela Erler und des Moderators Ludwig Weitz. „Ich halte es für sehr fahrlässig, wie kurzfristig und undurchsichtig die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Filderdialogs gestaltet wurde“, so der SPD-Kreisvorsitzende Dejan Perc. „Zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger gerade eine gute Woche vor Beginn zur Teilnahme einzuladen, spricht einer ernst gemeinten Bürgerbeteiligung Hohn“, so Perc. „Gut gemeint, aber nicht gekonnt“ sei die Vorbereitung des Filderdialogs bisher abgelaufen, lautet daher auch das Urteil des SPD-Kreisvorsitzenden. Dass bisher nur wenige Zusagen von Bürgerinnen und Bürgern zur Teilnahme eingegangen seien, sei angesichts der Kurzfristigkeit wenig überraschend.

Auch spreche der bisher angedachte Ablauf des Filderdialogs dafür, dass die besondere Bedeutung des Themas für die Region und das Land von den Verantwortlichen nicht ausreichend berücksichtigt wurde. „Eine ernsthafte Beteiligung der Bürgerschaft ist von immenser Bedeutung für die gesamte Realisierung von Stuttgart 21“, so Perc. Angesichts der Kritik auf den Fildern an Teilen der bisherigen Planung sei die Einbeziehung der Betroffenen überfällig. „Damit die Akzeptanz und

damit der Erfolg der Bürgerbeteiligung sichergestellt wird, muss nun die Spitze der Landesregierung gemeinsam mit den Landtagsfraktionen das Zepter des Handelns in die Hand nehmen“, so Perc. „Gerade nach den bisherigen Erfahrungen um Stuttgart 21 ist es besonders unverständlich, wie der Filderdialog vorbereitet wurde“, so Perc.

„Auch OB Wolfgang Schuster und Regionalpräsident Thomas Bopp müssen vom Blockade-Modus umschalten in eine konstruktive Gestaltung der Bürgerbeteiligung auf den Fildern“, ergänzt Matthias Tröndle, Sprecher des Arbeitskreises Filder der Stuttgarter SPD. Schuster und Bopp hätten im Vorfeld den Filderdialog torpediert, obwohl sie diesem als Vertreter der Projektpartner eigentlich zum Erfolg verhelfen müssten. „Ein Scheitern des Filderdialogs würde allen Seiten schaden, vor allem aber den betroffenen Menschen auf den Fildern“, so Tröndle. Die SPD Stuttgart fordert alle Projektpartner dazu auf, den Filderdialog nun erfolgreich und konstruktiv zu gestalten. „Dazu gehört, dass nochmals transparent über den Teilnehmerkreis sowie den Ablauf des Verfahrens diskutiert wird“, so Tröndle.

Die Bedeutung des Filderabschnitts von Stuttgart 21 gehe weit über Leinfelden-Echterdingen hinaus. „Die Be-

zirksbeiräte der direkt betroffenen Stuttgarter Stadtbezirke Möhringen, Plieningen und Vaihingen sollten ebenfalls berücksichtigt werden“, fordert Tröndle. Auch müssten allen Dialogteilnehmern ausreichend vor dem Verfahren die nötigen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden. „Angesichts der Umstände scheint ein Abschluss des Verfahrens bis Ende Juni unrealistisch“, schlussfolgert Tröndle. Einer echten Bürgerbeteiligung müsse mehr Zeit gegeben werden.





von Dr. Sabine Fandrych

Die Veranstaltungsreihe des Fritz-Erler-Forums beleuchtet Fragen der Urbanität in der Landeshauptstadt

„Wie können wir gut, gerecht und nachhaltig leben? Wie möchten wir lernen, arbeiten, mobil sein, mitbestimmen, kommunizieren, wohnen und unsere Freizeit gestalten? Welchen Platz gibt es für unterschiedliche Gruppen in unserer Stadt? Welche Visionen haben wir für Stuttgart?“ Diesen Fragen widmet sich eine neue Veranstaltungsreihe unter der Überschrift ‚Stadtleben - Stuttgart im Dialog‘. Sie will die vielfältigen Aspekte des Stadtlebens beleuchten und den Dialog der Bürgerinnen und Bürger über die Frage voran bringen, wie sie ihre Stadt – jenseits von technokratischen Lösungen - gestalten wollen. Im Vordergrund steht dabei die Diskussion mit dem Publikum nach kurzen Impulsen von Experten. Geplant sind 3-4 Veranstaltungen im Jahr, an unterschiedlichen – auch ungewöhnlichen – Orten.

Um die Veranstaltungen inhaltlich vorzubereiten arbeitet die Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem Kreis von engagierten Personen aus Hochschulen, Vereinen, Politik und Kultur zusammen. Diese Einlader/innen liefern im Vorfeld Ideen für Themen und interessante Fragestellungen und werben für die Dialogveranstaltungen in ihrem Umfeld. Wichtig ist dem Fritz-Erler-Forum dabei, dass der Kreis der Einlader/innen in unterschiedliche Aspekte des Stadtlebens Einblicke hat und ein möglichst breites progressives gesellschaftliches Spektrum abdeckt.

Ein Streitgespräch zu dem Thema ‚Meinungsmacher und Strippenzieher in Stuttgart‘ eröffnete die Reihe Anfang Mai in der Rosenau. Thematisch drehte sich der Abend um die Fragen: Wer bestimmt das Bild von der Stadt? Worüber wird berichtet und warum? Welche Chancen hat eine kritische Öffentlichkeit und wer kommt hier zu Wort? Wie viel Transparenz verträgt die Politik? Susanne Stiefel, Redak-

teurin der Kontext Wochenzeitung und Matthias Kleinert, Sprecher der Landesregierung unter Lothar Späth brachten recht unterschiedliche Perspektiven darüber mit, wie Stadtpolitik und Kommunikation funktionieren (sollen). Stiefel kritisierte die Politik der „Strippenzieher in den Hinterzimmern“ und der Sonntagsreden, Kleinert warb um Verständnis dafür, dass die Vorbereitung politischer Entscheidungen auch den geschützten Raum und Vernetzung braucht. In der offenen Publikumsdiskussion mit ca. 150 Teilnehmenden zeigte sich einmal mehr, wie sehr sich hinter dem ‚Stuttgarter Bahnhofproblem‘ auch ein Problem der politischen Kommunikation verbarg. Den gewachsenen Ansprüchen der aktiven Bürgergesellschaft an politische Mitwirkung, Transparenz von Regierungshandeln und die Meinungsvielfalt konnten politisch Handelnde und Medien nicht gerecht werden. Allerdings blieb in der Diskussion fraglich, inwieweit sich

die kritischen Bürgermedien als Mittel eignen, um Interessen und Meinungen sozial marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu transportieren – und nicht nur die von Gegeneliten.

Die nächste Veranstaltung in der Reihe Stadtleben beschäftigt sich mit dem Thema ‚Wenn Räume wahr werden ...Jugendkultur ohne Freiraum?‘ Dabei geht es um die Fragen: Wie entwickeln sich die Jugendmilieus in der Stadt? Welchen Raum leistet sich Stuttgart für die Jugend? Warum treffen sich bestimmte Gruppen im öffentlichen Raum, wie nehmen sie ihre Umwelt wahr und wie werden sie von ihr wahrgenommen?

Der Eintritt ist frei, eine Anmeldung ist erforderlich unter: sieglinde.hopfhauser@fes.de oder Tel. 0711-24839440. Termin: Donnerstag, 28.6.2012, Beginn 17.30, Ort: SKATEBOARD MUSEUM (2.UG im Filmhaus), Friedrichstraße 32A, 70174 Stuttgart



POETISCHE KRITZEL AN DER REALSCHULE OSTHEIM

von Waldemar Staniczek,
Lehrer an der Realschule Ostheim

Zum Abschluss des Projektes „Unterricht im Dialog, Schreibwerkstätten im Deutschunterricht“, präsentierten Schülerinnen und Schüler der Realschule Ostheim am 22. Mai 2012 im Waldheim Raichberg kurze Texte und Verdichtungen einem interessierten Publikum.

Das Projekt „Unterricht im Dialog“ dauerte 5 Jahre, dabei verfassten Schülerinnen und Schüler einiger Stuttgarter Schulen Texte im Unterricht unter der Anleitung von Schriftstellern. An der Realschule Ostheim war dies der Lyriker José F. A. Oliver, mit dem Schülerinnen und Schüler 8. und 9. Klassen jeweils ein Jahr lang Texte verfassten. Organisiert wurde das Projekt vom Literaturhaus Stuttgart und finanziert von der Robert-Bosch-Stiftung.

Doch nicht nur im Klassenzimmer wurden Texte verfasst, auch im Literaturhaus und dem Waldheim Raichberg wurden bei ganztägigen Veranstaltungen Texte geschrieben. Um die Schülerinnen und Schüler dem kulturellen Leben insgesamt näher zu bringen, waren Besuche bei Lesungen und literarischen Preisverleihungen ein Bestandteil des Gesamtprogramms. So besuchte die Schülerschaft unter anderem eine Lesung des Schriftstellers

Ilija Trojanow, der den Würth-Preis für europäische Literatur erhalten hatte, in Schwäbisch Hall und die Preisverleihung des Thaddäus-Troll-Preises an José Oliver im Wilhelmsbau in Stuttgart. Auf den Spuren eines Gedichts von José Oliver fuhr man auch nach Hausach im Schwarzwald, um ganztägig Texte zu verfassen.

Höhepunkt des Projekts war sicherlich der Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Ministerpräsident Oettinger, Kultusminister Rau und Oberbürgermeister Schuster im September 2008 in der Realschule Ostheim. Hier war der Besuch beim „Unterricht im Dialog“ ein Teil des Programms. Ein weiterer Höhepunkt war die Preisverleihung der Kulturstiftung der Länder, an der zwei Schüler und ein Lehrer den Preis in Berlin entgegennahmen.

Durch dieses Projekt wurde es der Schule ermöglicht, am Projekt „Theaterautoren treffen Schulen“ des Kinder- und Jugendtheaterzentrums in der Bundesrepublik Deutschland teilzunehmen. Dabei wurden mit dem Dramatiker und Regisseur Nuran David Calis kleine szenische Sequenzen einstudiert. Unter anderem wurde auch ein Besuch einer Probe und der Aufführung des Dramas Dantons Tod,

das von Nuran David Calis am Staatstheater Stuttgart 2011 inszeniert wurde, durchgeführt.

Ziel des Projektes war es insgesamt Schülerinnen und Schüler sprachlich zu sensibilisieren und sie einem Teil des kulturellen Lebens näher zu bringen. Damit verbunden war auch die Publizierung ausgewählter Texte jeder Schülerin und jedes Schülers in Textsammelmappen mit dem Titel „Poetische Kritzel“. So war auch für jeden ein gewisses Erfolgserlebnis garantiert. Zudem wurden zum Abschluss des jeweiligen Jahrgangs diese Texte bei kleinen Veranstaltungen öffentlich vorgetragen.

Die RSO ist der Robert-Bosch-Stiftung, dem Literaturhaus Stuttgart und ganz besonders dem Lyriker José F. A. Oliver zu großem Dank verpflichtet. José F. A. Oliver war Motor, Herz und Seele dieses Projektes.

Auch gebührt großer Dank Dogan Altuner, denn er war zu jeder Zeit offen für das Projekt und eine große Stütze bei den Schreibtagen im Waldheim Raichberg.

Kontakt: Waldemar Staniczek,
b.lieber@t-online.de



GASTBEITRAG AUS KAIRO

BLOSS KEINE GENERÄLE MEHR...

von Michael Wurche

Am 23. und 24. Mai fanden die ägyptischen Präsidentschaftswahlen statt. 50 Millionen Wahlberechtigte der 80 Millionen Ägypter waren zu den Urnen gerufen. Von den zwölf vom herrschenden Militärat letztlich zugelassenen Kandidaten hatten nur fünf überhaupt Chancen, gewählt zu werden:

Der strenggläubige Moslembruder und Chef der ‚Freiheits- und Rechts- partei Dr. Ing. Mohamed Morsy. Da er als Ersatz für den vom Militärat abgelehnten Anführer der Moslembrüder El Shater nominiert wurde, wird er von der Bevölkerung und in Facebookkommentaren spöttisch „Ersatzreifen“ genannt.

Der charismatische Arzt Abdel Mon- eim Aboul Foutouh ist ein ehemaliger Moslembruder und gemäßigt religiös. Aboul Foutouh will, dass die Moslem- bruderschaft wieder zur ihren Wurzeln zurückkehrt, zum Predigen und der Armenfürsorge, und sich aus der Parteipolitik heraushält. Er war der Kandidat des „Mainstream“, d.h. der Ägypter, die keine feste Parteienbin- dung haben.

Der Poet Hamdi Sabahi ist Sozialist mit kommunistischen Ideen, der eine harte Linie gegenüber Israel verfiht. Er ist erin Populist, der die Rolle des Staates stärken, Reiche stärker be- steuern und den Arbeitern und Bau- ern durch Subventionen helfen will. Sabahi saß unter Mubarak für seine Überzeugung viele Jahre im Gefäng- nis, und er ist Anhänger des ehema- ligen legendären Präsidenten Nasser.

Der 74 jährige Amr Moussa wird vor allem von den Revolutionären als An- gehöriger des alten Regimes abge- lehnt, da er lange Jahre der Aussen- minister Mubaraks war. Als Moussa dem zu populär wurde, schob er ihn auf den einflussarmen Posten des Generalsekretärs der Arabischen Liga ab. Viele Bürger werfen Moussa vor, dass er unter Mubarak erkannte, was schlecht war, und dennoch nicht die Stimme erhob.

Dem letzten der fünf Top-Kandidaten, Luftwaffengeneral Ahmed Shafik, werfen die Anhänger der Revolution vor, dass er Mubarak stets loyal und treu diente. Er war Luftfahrtminister und der letzte noch während des Auf- stands ernannte Ministerpräsident Mubaraks. Shafik wie Moussa wollen sich der Herrschaft der Islamisten entgegenstellen, Politik und Religion nach türkischem Vorbild trennen. Sie präsentieren sich als die Garanten von Erfahrung und Stabilität. Da Shafik in den letzten Wochen nicht wie die alte Garde sonst stets mit Schlips und Jak- kett auftrat sondern betont zivil und leger im Pullover, wird er von Spöttern und bei Facebook nur „Pullover“ ge- nannt.

Bei der letzten Wahl zu Mubaraks Zei- ten waren die Wahllokale wie immer von Anhängern der Staatspartei NDP und Geheimdienstlern bewacht. Diese Männer fragten einen meiner ägypti- schen Bekannten vor dem Wahllokal, was er wählen werde. Er wusste, was von ihm erwartet wurde und ant- wortete resigniert:“ NDP, natürlich.“ Darauf schickte ihn einer der Männer mit einer Handbewegung fort:“Du kannst nach Hause gehen, wir haben schon für Dich gewählt.“ Nun hofften alle auf eine saubere Wahl, aber auch diesmal wurden Stimmen gekauft. Die Moslembrüder versprachen Wäh- lern Pilgerfahrten nach Mekka, wenn Morsi erst gewählt sei, und die Anhän- ger Shafiks verteilten ungeniert Geld vor den Wahllokalen, umgerechnet 10-20 Euro pro Stimme. Beim Wahlvor- gang wurde jedem Wähler ein Finger in Tinte getaucht, um Mehrfachab- stimmungen zu verhindern. Ein alter Mann wedelte glücklich mit seinem gefärbten Finger: „Dies ist das Zeichen der Freiheit!“ Ein Anderer behauptete stolz: „Misr um dunia‘ = ‚Ägypten ist die Mutter der Welt.‘ Wir werden die gesamte arabische Nation vorwärts bringen!“

Bis zu drei Stunden standen die Wäh- ler geduldig und in langen Schlangen vor den Wahllokalen; Männer und Frauen strikt getrennt. Diese Wäh-

ler aller Schichten waren stolz und froh, dass sie das erste Mal in ihrer Geschichte frei und geheim wählen konnten. Dennoch ging eine große Gruppe, über 50 % der Bevölkerung, ging gar nicht wählen. Diese Bürger gehören zur „Sofa-Partei“, wie die Re- volutionäre die passiv abwartenden Bürger nennen, die sich auch nicht auf dem Tahrir Platz engagierten und nun abwarten, wer beim Machtkampf die Oberhand behält. Sie trauen der neu- gewonnenen Freiheit nicht.

Die große Mehrzahl unserer Bekann- ten und Freunde war über das Wahl- ergebnis schockiert und frustriert. Die beiden mit nur einem halben Prozent Unterschied Führenden und damit für die Stichwahl am 16.und 17.Juni Qualifizierten wurden die am stärk- sten polarisierenden Kandidaten, der Islamist Morsi und der Ex-General Shafik. Aber keiner der Beiden erhielt mehr als 25 % der Stimmen. Damit ist die große Mehrheit der Wähler vom Wahlausgang enttäuscht, und es ist zu befürchten, dass die Beteiligung an der Stichwahl sehr gering sein wird. Dieser Wahlgang wird zur Konfron- tation zwischen einem politichen islamischen und einem sekulären autoritären System, und genau diese zwei wollten die Aufständischen des letzten Jahres überwinden. Die auf- geklärten Gesellschaftsschichten, die Wirtschaft und die vom Tourismus Ab- hängigen fürchten die von Morsi ver- sprochene Einführung der islamischen Gesetzgebung Scharia in Politik und Gesellschaft, und die Revolutionäre wollen unbedingt die jahrzehntelan- ge Herrschaft des Militärs beenden. Diejenigen Wähler, die seit Monaten die Unruhen, Unsicherheit und wirt- schaftlichen Probleme der Übergangs- zeit nach dem Aufstand verfluchen, „wandten sich bei der Wahl an die alten Gauner“, bedauerte ein ägypti- scher Freund, der als Aktivist mutig für die Demokratisierung kämpfte. Auch er wird sich nicht an der Stich- wahl beteiligen. Erst am 21. Juni wird bekannt, wer der erste frei gewählte ägyptische Präsident ist, der dann am 1.7. sein Amt antritt.

DIES UND DAS

ZWEI JUNGE FRAUEN AUS STUTTGART BEIM „PLANSPIEL ZUKUNFTSDIALOG“



V.l.n.r.: Graziella Marino, Ute Vogt MdB und Dilara Bas

Vom 6. bis 8. Mai führte die SPD-Bundestagsfraktion als erste Fraktion ein eigenes Planspiel für Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 20 Jahren im Bundestag durch. Auf Einladung von Ute Vogt nahmen die Stuttgarterinnen Dilara Bas und Graziella Marino am „Planspiel Zukunftsdialog“ teil.

Drei Tage lang schlüpfen rund 140 Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende aus ganz Deutschland in die Rolle der Abgeordneten und lernten die Arbeit einer Bundestagsfraktion kennen. Was muss getan werden, damit Bildung in Deutschland besser wird? Wie verhindern wir Fachkräftemangel? Wie schaffen wir es, dass es am Arbeitsmarkt gerechter zugeht? Wie kann Integration besser gelingen? Zu diesen

und anderen Fragen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Ideen und entwickelten parlamentarische Initiativen.

Bereits vor Beginn des Planspiels hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, sich auf der Online-Dialogplattform der Fraktion (zukunftsdialog.spdfraktion.de) über die gestellten politischen Themen auszutauschen. Zum Abschluss stellten die Jugendlichen ihre Ergebnisse den Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion vor.

Mit dem Planspiel Zukunftsdialog möchte die SPD-Bundestagsfraktion junge Menschen für Politik begeistern und eine neue Form des Dialogs zwischen Jugendlichen und Abgeordneten etablieren. Das Planspiel soll künftig jährlich stattfinden.

SOMMERFEST DER PS

Unsere portugiesische Schwesterpartei Partido Socialista in Stuttgart lädt herzlich zu Ihrem Sommerfest ein. Als Gast wird der portugiesische Abgeordnete Paulo Pisco erwartet. Ebenfalls hat sich Ute Kumpf angemeldet. Das Fest findet am 23.6.2012 in einem Garten im Sigmund-Lindauerweg (neben Nr. 59), 70376 Stuttgart statt. Beginn ist 17:00 Uhr. Ein toller Termin für alle Europa-Freunde unter Euch.

TERMINE

SOMMERFEST DER SPD STUTTGART

AM 22. JULI 2012
VON 10:30 BIS 18:00 UHR

BERGER FESTPLATZ
(NÄHE MINERALBÄDER)

AKTUELLE INFOS IM INTERNET:

 spd-stuttgart.de

 twitter.com/spdo711

 facebook.com/spdstuttgart

IMPRESSUM

Herausgeberin (V.i.S.d.P.)

SPD Stuttgart
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 07 11/ 619 36 32
info@spd-stuttgart.de
www.spd-stuttgart.de

Redaktion
Daniel Campolieti

Layout
Rebeka Henschel

Bilder
SPD Stuttgart

Hinweis in eigener Sache
Der Newsletter lebt von den eingesandten Beiträgen der Gliederungen und Gäste. Bitte sendet diese an:
d.campolieti@spd-stuttgart.de